



Bremische Bürgerschaft behinderter Menschen

LANDTAG
29. WAHLPERIODE

DRUCKSACHE 29 / 03
6. Dezember 2024

Thema: Live Übersetzen der Bürgerschaftsdebatten, Stadtverordnetenversammlungen, politische Pressekonferenzen sowie Bekanntmachung u. a. von Katastrophen in Gebärdensprache und Untertiteln.

Beschlussvorschlag der Fraktion: Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen in der SPD – Landesorganisation Bremen

Die Bürgerschaft behinderter Menschen stellt fest:

Es leben ca. 16 Millionen schwerhörige Menschen in Deutschland, davon sind ca. 140.000 auf Gebärdensprache-Dolmetscher angewiesen und ca. 80.000 Menschen sind gehörlos. Diese Menschen sind von vielen wichtigen Informationen ausgeschlossen oder werden nur einmal die Woche in Form einer Zusammenfassung unterrichtet. Dies ist mit der UN-Behindertenrechtskonvention nicht vereinbar und nicht zulässig.

In Anbetracht dessen, dass es immer mehr Katastrophen, Krisenherde und kriegerische Überfälle auf der Welt gibt, wird es immer wichtiger, dass auch gehörlose und schwerhörige Menschen sofort informiert werden. Allerdings ist es auch wichtig, live mitzubekommen, was die Politik in den Parlamenten berät und beschließt.

Kinder sollten schon in der Schule die Möglichkeit bekommen, das Gebärdendolmetschen zu erlernen, so dass man im Laufe der Zeit viele Menschen mit dieser Fähigkeit haben könnte.

Die 29. Bürgerschaft behinderter Menschen bittet den Senat und die Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft:

Barrierefreie Live-Übertragungen der Bürgerschaftsdebatten, Stadtverordnetenversammlungen, politische Pressekonferenzen sowie Bekanntmachung von Katastrophen in Gebärdensprache und Untertiteln zu ermöglichen.

Uns ist klar, dass diese Forderung nicht in kürzester Zeit umgesetzt werden kann, dennoch erwarten wir in regelmäßigen Abständen eine Sachstandsmeldung an den AK Protest wie weit die Bemühungen gediehen sind und als Maßnahme im bremischen Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aufgenommen wird.

Für die Fraktion: Rosemarie Kovač

Schriftliche Stellungnahme wird bis zum 31. März 2025 an den AK-Protest erbeten

AK Protest, c/o LAG Selbsthilfe
– Herrn Gerald Wagner –
Waller Heerstraße 55, 28217 Bremen
www.lags-bremen.de
info@lags-bremen.de